

Dresdner Neueste Nachrichten

Einzelgenpreiss: Die 26 mm breite Zeile kostet 0,30 Reichsmark, für den Ausland 0,50 Reichsmark. Die Anzeigenzeile, 81 mm breit, kostet 1,50 Reichsmark, für den Ausland 2,00 Reichsmark. — Die Preisgebühr für Druckkosten beträgt 0,10 Reichsmark. — Für die Abhaltung von bestimmten Tagen und Plätzen kann eine Gewähr nicht übernommen werden.

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Bezugspreise: Für den halben Monat 1 R. Mark bei freier Zustellung durch Zonen
Postbezug für Monat November 2,00 Reichsmark, für die Woche wöchentlich monatlich 0,50 Reichsmark, nach dem Einzelnummer 10 R. Pfennig Ausland 1,20 Reichsmark

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-N., Ferdinandstr. 4. • Fernruf: 2 0024, 2 7951, 2 7952, 2 7953. • Telegramme: Neueste Dresden. • Postfach: Dresden 2060

Nr. 271 Freitag, 20. November 1925 XXXIII. Jahrgang

Die Konferenz der Ministerpräsidenten

Die Umgestaltung der Polizeiorganisation im Mittelpunkt der Verhandlungen — Annahme des Vertrags von Locarno im Unterhaus

Das künftige Kabinett

Große Koalition oder Koalition der Mitte?

Von unserm B.-Mitarbeiter

Berlin, 18. November
Der Reichstag hat heute, zum ersten Male in der Republik, ausgiebiger Ferien sich erlauben dürfen. Der letzte Hohen Wähe (vor dem Auslandsübergehen) war ohne Frage groß gewesen; am 16. bis dreizehntägige Arbeitslage in drückender Sommerhitze, der in dem Berliner Steinmeer selbst die Richte keine Rührung brachte. Dafür haben die Reichstagsmitglieder dieser drei Monate fern den Geschäften leben können. Wohl: Sie hätten den Geschäften fernbleiben können. Durchgeführt haben es nicht alle und sicher nicht die so oder so. Ein Teil hat die Einleitung der Interparlamentarischen Union von einer von vielen offensichtlich recht ernsthaft gemachten Studienfahrt nach Amerika benutzt. Andre schlug der badische Wahlkampf in Baden. Wer sonst dann wirklich noch der Ruhe und Beschaulichkeit pflegen mochte, ward durch die von dem Reichstagspräsidenten aufgeführte Krise — Parteikrise — nicht mehr als Regierungskrise — aufgeweckt. Man kann also nicht sagen, was man sonst wohl an ähnlichem Anlaß schrieb: an diesem Freitag mit dem Wiedereröffnungstermin des Reichstages beginnt die politische Saison. Die hat in Wahrheit schon längst begonnen. Der Plenarversammlung des Reichstages wird vielmehr die Aufgabe zufallen, die Räder, die in der Zwischenzeit doch ein wenig durcheinanderliefen, zu entzerren. Unter Umständen auch nur bei ihrer Einleitung zu assistieren.

Wir leben, seitdem die Deutschnationalen aus der Regierung ausgetreten, im Reich in einem Interim. Die Entscheidung, für die Dr. Luther bestmögliche Lösung der Parteien nach und nach gewonnen, was für ein paar Wochen des Abwartens und Beobachtens genügt. Wenn das Parlament wieder zusammen ist, läßt der ständige Agitationszustand nicht länger zu ertragen. Dann müssen auf die eine oder andere Art für die Regierung die Parteien in eine Verhältnisse geschaffen werden. Was also wird? Was kann werden? Zunächst einmal: eine Auslösung ist wohl kaum zu erwarten. Sie sind alle voneinander abgewandert, die anfangs allis vacuus, mit hoher Stimme, nach ihr gerufen hatten. Die Kommunisten, die von Grundher wegen aus einem anderen Gefangnis sungen, selbstverständlich nicht. Aber schon das sozialdemokratische Begehren, wenigstens es noch bisweilen schwarz auf weiß erscheint, ist nur noch geduldet und nicht. Unter vier Augen sagen einzelne Sozialdemokraten aus gar nicht mit dem Bewußtsein, daß man wästen im gegenwärtigen Moment ihnen höchst unheimlich werden können. Mancherlei ist einer Disziplin gemohnter Weise, die bedingungslos ihren Führern folgt, beizubringen. Das die Sozialdemokraten im letzten Reichstag die Locarno-Verträge niederstimmten müßten, um im Bewußtsein für deren Annahme zu werden, müßte indes selbst dem unerwählten Genies des vielversprechenden Mannes auf der Straße nicht recht einfallen.

Kann das nicht möglich, wenn nicht noch in gewisser Weise die Rechte, die freilich auch sonst nicht unbedingt glänzende, in Paris und London verlagert, unterhalten, daß das Vertragswerk von Locarno vom Reichstag gutgeheißen wird. Mit einer Wehrheit, die von der Deutschen Volkspartei bis zu den Sozialdemokraten reicht. Was wird daraus für die Umgestaltung der Regierung folgen? Vermutlich — wir denken es schon neulich hier an — ein neues Kabinett Luther. Eine Deutschnationale, versteht sich. Aber wohl auch ohne die Sozialdemokratie. Ein Ministerkabinet, das sich im wesentlichen auf dieselben Gruppen stützen würde, die nach dem Auseinanderbrechen der großen Koalition das dritte Kabinett Stresemann und hinterher bis zu den Dezemberwahlen vorigen Jahres das Weimerium Marx trugen. Die sogenannte große Koalition, die manchen als der logische Schluß aus der Wirksamkeit dieser Wochen galt, ist — daraus ändern viele nicht einmal die Vorgänge auf dem Kaiserlichen Parteitag des Zentrums etwas — im Moment nur noch ein Bonmot von vorgestern. Und zwar vornehmlich: weil die Sozialdemokratie selber nicht will. Sie mag das Kabinett nicht führen, weil, wie man demnach, sie für den Kanzlerposten den rechten Mann nicht vorschlagen möchte. Was überhaupt an einer Regierung nicht teilhaben, in der sie zum mindesten, das Innenministerium beanspruchen möchte, was ihr in diesen Zeitläuften tiefer wirtschaftlicher Depression nicht tragbar erscheint. Wer in diesen Winter das innenpolitische Reform zu verstehen hat, wird unter Umständen um Maßnahmen, die sich gegen die „Rechts“ verhalten müßten, nicht herumkommen. Die das solcher Unpopulärkeit wünscht, was man ihr nach-

fühlen kann, die Sozialdemokratie nicht auf sich zu lassen. Schließlich hat auch die Stellung in die suite ihre Meriten. Man genießt alle Vorteile gestimmungsstimmiger Opposition und hat zugleich doch die Gewähr, daß ohne das eigene Hilfe Placet von der Regierung nichts unternommen werden kann.

Von den aus Amerika heimgekehrten Parlamentarier kann man dazu noch einen anderen Grund, einen aus der nordamerikanischen Probe hergeholt, gegen die offizielle Beteiligung von Sozialdemokraten an der Regierung hören. Die sagen: für den Durchschmittsbürger in den Staaten — und nicht nur für den Durchschnitt — sei die Sozialdemokratie immer noch das rote Tuch. Nicht viel mehr als der ältere und blässere Bruder des Volkstums. Die sozialdemokratischen Mitglieder der parlamentarischen Gesellschaft hätten drüber so gut wie gar keine Rolle gespielt. Ein Reichstagskabinett, in dem wichtige Ämter wieder von der Sozialdemokratie verwalte würden, müßte dort neue Mitarbeiter wecken und schon vorhandene wohl oder übel härten. Mit anderen Worten: unsere Kreditfähigkeit, die zu haben wir nach Locarno glatten, empfindlich schädigen. Von volkspolitischer Seite wird dann wohl gelegentlich hinzugefügt: Sozialdemokratische Koalitionsminister, die von ihren Ideologien nicht loskommen, und um ihrer Hinterlist willen wohl auch nicht loskommen dürften, wären für unsere Wirtschaft in deren dormaligem deplorablem Zustand wohl überhaupt eine zu schwere Bürde.

Aber siehe sich, was im Reich zur Zeit nicht möglich erscheint, hat dessen nicht in Preußen auszuführen? Hund heraus: die große Koalition in Preußen als Abschlagszahlung für die im Reich. In der Zeit sind derlei Gedanken in ernsthaften politischen Kreisen auch schon mehrfach erwogen worden. Man braucht dabei nicht an der unheimlichen Gefahr „Abschlagszahlung“ zu denken. Vielmehr sollte man versuchen, die praktischen Dinge und die im Reich sowieso unheimlich zu behandeln und in dem so erweiterten Terrain die einmal vorhandenen Kräfte auszubalancieren. Wenn wir uns nicht täuschen, haben ähnliche Erwägungen gelegentlich auch schon den verstorbenen Reichspräsidenten Wert beigemessen. Es wäre ein Weg, die Reibungsbedingungen zu verringern, die Möglichkeiten der Lösung zu wehren. Sonst kann es immerhin geschehen, daß im Klammern die Sachen stehen und die schönsten Kalküle über den Haufen werfen. Was auch in unserem Fall durchaus noch nicht ganz ausgeschlossen ist. Es kann noch immer sein, daß Herr Luther denkt und schließlich, unter einem milden Knarrn ihres linken Fingers, die Sozialdemokratie lenkt.

„Das alte Erbübel der Deutschen“

Hindenburgs Bedauern über die Haftung der Deutschnationalen

B. Berlin, 19. November. (Eigener Drahtbericht.) Die Deutschnationalen, die sich durch eigene Schuld ihres Einflusses auf die Regierung berauben haben, können, wie das leere Gewand ihres Parteitag verpußt ist, nur un schwer ihren Mißmut über diesen Stand der Dinge verbergen. Besonders Alpträumen verurteilt ihnen die Haltung des Reichspräsidenten in seiner Rede in Darmstadt seinen Standpunkt zu Locarno offen darzulegen und als Vorzeichen des Kabinettsrats hat dessen Entscheidungen angeklagt hat, nicht die deutschnationale Presse diesen Vorwurf an veröffentlichen, indem sie erklärt, daß die Unterzeichnung Hindenburgs in keiner Weise als Billigung des Vertrags nach seinem Gesamtinhalt anzusehen sei. Das geschieht in einem Augenblick, da der Präsident des Württembergischen Landtages, der Deutschnationale Körner, auf Grund der Stuttgarter Neuierungen Hindenburgs mittelst Reichskanzler Dr. Luther habe den Reichspräsidenten zu überzeugen vermocht, daß die Locarno-Verträge die richtige sei, und Hindenburg habe den Punkt abgelehnt, auch die Reichsparteien müßten ihre Bedenken überwinden und diese Politik mitmachen. Freilich seien diese Gewähr durch den Reichspräsidenten nicht in scharfen oder unfreundlichen Worten zum Ausdruck gebracht worden, sondern nur mit einem leisen Bedauern, das weniger der Partei als dem alten Erbübel der Deutschen, der Zweiteilung, geseien habe.

Neben den Befürwängern, die den Deutschnationalen den Gedanken an eine Unterzeichnung des Vertrags durch Hindenburg erwidert, werden sie auch bereits von der Sorge gequält, ob sie die materiellen Ertragsverlusten ihres Regierungsinteresses werden behaupten können, vor allem auf dem Gebiete der Steuern und der Zölle.

Innenpolitische Wandlungen

Beginn der Verhandlungen mit den Parteiführern am Freitag

B. Berlin, 18. November. (Eig. Drahtbericht.) Die Staats- und Ministerpräsidenten der deutschen Länder treten, wie angekündigt, heute vormittag zusammen, um zu dem inzwischen im Auswärtigen Amt — veranlaßt von dessen Justiziar, dem Ministerialrat Dr. Gaus — ausgearbeiteten Gesetzentwurf über den Vertrag von Locarno Stellung zu nehmen. Vorwiegend wird es sich dabei, wie schon neulich bei der Zusammenkunft der einzelstaatlichen Innenminister, um die Umgestaltung der Polizeiorganisation handeln. Die Aufstellung der Schutzpolizeibeamten muß zum Teil neu geregelt werden. Da die Kasernierung für die großen politischen Zentren auch weiterhin ausbleiben werden ist, meint das „N. Z.“, würde man bestimmte Jahrgänge nun zu festen Formationen zusammenfassen. Von den Ministern der Länder, deren Gebiete von der Regelung betroffen sind, soll danach die Frage der Neuordnung des Befehlswesens im Hinblick auf die Kasernierung der Staats- und Ministerpräsidenten soll sich, wie wir bereits meldeten, eine neue Sitzung des Reichskabinetts schließen, bei der gernerlich wieder der Reichspräsident selber den Vorsitz führen wird. In dieser Sitzung des Reichskabinetts wird dann wohl die endgültige Form-

melle Entscheidung über die Unterzeichnung des Vertrages fallen. Stimmen dann noch Reichspräsident und Reichstags zu, so wird sich am 1. Dezember die gesamte Delegation von Locarno nach London begeben. Die deutsche Unterdelegation wird von demselben Beauftragten, die in Locarno den Vertrag paraphiert haben, also vom Kanzler und dem Reichsaußenminister, zu leiten sein. Morgen wird dann die innenpolitische Aktion des Kanzlers einsetzen. Das heißt, er wird nacheinander die Parteiführer empfangen, mit dem Ziele der Umgestaltung des Kabinetts. Als erste sind die Führer der noch in der Regierung vertretenen Reichstagsfraktionen, also des Zentrums, der Bayerischen Volkspartei und der Deutschen Volkspartei, zu Dr. Luther gebeten worden, später will der Kanzler sich mit den Demokraten, den Wirtschaftsparteiern und der Sozialdemokratie begeben. Die Deutschnationalen werden wohl nur noch informativ empfangen werden. Diese Verhandlungen werden wenigstens in einer grundsätzlichen Arbeit über die künftige Zusammenfassung der Regierung führen. Greifbare Gesichtspunkte werden die Dinge aber auf jeden Fall erst nach der großen politischen Aussprache in Vienne gewinnen.

„Italien sprungbereit!“

Mussolini an das Ausland — Erste Mahnung des Diktators

X Rom, 18. November. Die Kammer nahm heute ihre Arbeiten wieder auf. Saal und Tribünen waren sehr stark besetzt. Auch die Abgeordneten der gemäßigten Opposition waren erschienen. Dagegen schloß die Oppositionspolizei. Als Mussolini den Saal betrat, begrüßten ihn sämtliche Abgeordneten lebhaft mit einer begeisterten Ovation. Nachdem wieder Ruhe eingetreten war, erwiderte der Präsident der Kammer an das gegen Mussolini applaudierende Publikum und dankte der gütlichen Vorlesung, daß sie das Leben des Ministerpräsidenten geschützt habe. (Allgemeiner Beifall.)

Unter unbedingter Ovation befragte Mussolini die neuerebende Redebeiträge. Er hob zunächst hervor, daß die Regierung während des Sommers nicht in die Ferien gegangen sei, und gab einen Überblick über die von der Regierung geleistete Arbeit. Im Hinblick darauf sprach er seine Freude über das Aufkommen von Washington aus und erkannte das Gewicht der italienischen Unterhändler an, deren Vermittlungen von Erfolg gekrönt gewesen seien. Mussolini bedachte lobend die Tätigkeit der Regierung mit Anerkennung seiner Mitarbeiter, namentlich Federovis, der mit feiner Hand die innere Politik leite, und sagte hinzu:

Der Faschismus beherzigt gegenwärtig entschieden die Lage im Innern. In allen Zeiten der Welt wird für und wider den Faschismus gestritten, dieser ist aber eine rein italienische Lebensäußerung. Es gibt Männer jenseits der Grenzen, die, weil es ihnen noch nicht gelungen ist, sich von der trüben und verworrenen Geschichte zu erlösen, und habdurckhuliche Donatismen freizumachen, es wagen, den Faschismus und die Ausgebungen des italienischen Volkes zu kritisieren. Sie sprechen von einem Vagabund gegen Italien. Erst neulich haben wir ein paar Scholastiker einen ebenso lächerlichen wie schändlichen Protest angekündigt. (Gewaltig ist der Protest der Amerikaner Internationale. Die Red.) Nun wohl, ich erhebe meine Stimme abschließend, damit man mich auch anherhalb dieses Landes und außerhalb Italiens hören kann. Man muß wissen, daß noch kein Regime in Italien durch äußeren Druck gestürzt worden ist, so erklärt es dadurch nur noch eine Stärkung, und alle Gegner im Lande würden sich die Hände zum gemeinsamen Abschlachten reichen. Auf solchen Druck antwortet Italien wie ein einzelner Mann. (Zehnwöchiger Beifall im ganzen Saale, dem sich auch stehende Männer der gemäßigten Opposition, wie Salandra und Giolitti anschließen.) Zwei Millionen Männer, zwei Millionen innere Menschen stehen sprunghaft und warten auf mein Wort. (Erneuter Beifall. Zwischenruf von den Rängen der Faschisten: „Wie, die ganze Nation ist bereit.“ Ein Abgeordneter ruft, zur Diplomatensprache gewandt: „Hört es, Ihr Herren da oben!“) Ich habe nicht beabsichtigt,

damit eine Drohung gegen außen auszusprechen, aber ich will doch in meiner Eigenschaft als verantwortlicher Leiter der italienischen Regierung eine erste Mahnung hiermit ausgesprochen haben, die überall gehört werden sollte.

Mussolini verließ dann mehrere fassische Gesandtschaften und schloß mit den Worten: Die neue Generation lebt in einer historischen Stunde, in der der Grundstein zur künftigen Macht Italiens gelegt wird. (Allgemeiner Beifall.)

Die letzten Worte Mussolinis hielten eine harte Wehe gegen Frankreich dar, wo nach Ansicht der faschistischen Parteileitung das Hauptzentrum der gegen den Faschismus gerichteten Bewegung liegen soll und wo auch angeblich das letzte Attentat auf den „Duce“ vorbereitet wurde. Gemeint werden sollte wahrscheinlich auch ein Teil der englischen Presse, der die letzten Ereignisse in Italien scharf kritisiert hatte. Was die Stelle, an der Mussolini von den „habdurckhulichen Donatismen“ spricht, bedeuten soll, ist aus den bisher vorliegenden kurzen Auszügen aus der Rede nicht ganz klar ersichtlich. Soll sie etwa einen Schlag gegen die Sympathien darstellen, die man in Österreich und Deutschland dem fälschlicherweise Deutschnationalen entgegenbringt? Wenn das zutrifft, dann wäre allerdings nicht zu verstehen, was diese Sympathien mit den alten Donatismen, vor allem ausgerechnet mit den Pöbeln, zu tun haben sollen. Das Schicksal der Deutschen in Süditalien muß doch vielmehr durch den Geist des Vertrags von Locarno in Zukunft bestimmt werden, denn eine Fortleitung der letzten Politik Italiens in Süditalien würde dem Geiste völlig widersprechen, in dem dieser auch von Mussolini unterzeichnete Vertrag abgeschlossen wurde.

Völliges Verschwinden der Oppositionspresse

X Rom, 18. November. Das Organ des Generalsekretärs der faschistischen Partei, Farinacci, die „Gremona Nuova“, befaßt sich mit der Frage der nicht-faschistischen Presse und erklärte, man müsse den Kampf gegen diese Presse, die mittelbar auch einen Teil der moralischen Verantwortung für den geplanten Anschlag auf Mussolini trage, ohne Erbarmen und Rücksicht bis zum äußersten führen. Das führende Organ der katholischen Volkspartei, „Popolo“, habe bereits vor einigen Tagen sein Erscheinen eingestellt, weil ihm die notwendigen Diffamationsmittel aus Frankreich nicht mehr ankommen seien. Der „Mattino“ in Neapel (das führende Blatt ganz Süditaliens — d. Red.) wurde durch arktische Haltung dem Faschismus gegenüber sich anreiten. Die Zeitung des Blattes werde aber noch mit den Faschisten rechnen müssen. Der linksliberale „Mondo“ erscheine nur in einigen tausend Exemplaren und werde bald ganz verschwinden. Das gleiche gelte

St. 20
Weihnachtskard
Verkehr
Mark
1000 Mark
10000 Mark
3-5000
Kapital
Wier. Stadtb
Ausstellungen
25000
Beteiligung
10 M. bar
aber